

Sitzung vom 23. April 1997

907. Anfrage (Informatik-Ausbildung)

Die Kantonsräte Hans-Jacob Heitz und Willy Germann, Winterthur, haben am 27. Januar 1997 folgende Anfrage eingereicht:

Wir fragen den Regierungsrat an,

1. ob auch er die Auffassung vertritt, wonach es gilt, moderne innovative Arbeitsplätze und damit die entsprechende Ausbildung insbesondere für KMU-Betriebe zu erleichtern und zu forcieren;
2. ob er bereit ist, in Zusammenarbeit mit dem Winterthurer Stadtrat und der Privatwirtschaft (Unternehmen und Verbände) das Projekt der MSW (Metallarbeiterschule) Winterthur zwecks Beschleunigung der Informatik-Ausbildung insbesondere für KMU-Betriebe zu fördern;
3. ob er im Rahmen des bundesrätlichen Impulsprogramms, in welches auch Kantone und Gemeinden eingebunden werden sollen, – Gutheissung durch die eidgenössischen Räte vorausgesetzt – Möglichkeiten zur finanziellen Unterstützung dieses Projektes sieht?

Begründung:

Die MSW Winterthur entwickelte mit Winterthurer Unternehmen ein Informatik-Ausbildungs-Konzept dergestalt, dass die Informatik-Ausbildung im 1. Lehrjahr insbesondere für KMU-Betriebe zentral geführt und so die Informatik-Ausbildung beschleunigt werden soll.

Zur Finanzierung ist der Beizug von u.a. vier Fünfteln der Lehrlingslöhne geplant. Nun sollen sich die grossen Winterthurer Firmen, welche das Projekt bislang befürworteten, zurückgezogen haben. Damit ist ein sinnvolles Projekt gefährdet. Dieses Projekt wäre eine Investition in Bildung und Wissen, nicht in Infrastruktur. Mittlerweile beantragte der Bundesrat ein Impulsprogramm, in welches auch die Kantone und Gemeinden miteinbezogen werden sollen. Die Kantone haben laut Presse trotz Vorbehalten grundsätzlich ihre Mitwirkung signalisiert.

Auf Antrag der Direktion der Volkswirtschaft

beschliesst der Regierungsrat:

I. Die Anfrage Hans-Jacob Heitz und Willy Germann, Winterthur, wird wie folgt beantwortet:

Die Qualität des zürcherischen Bildungswesens ist eine wesentliche Voraussetzung für die Zukunft des Wirtschaftsstandortes Zürich. Diese Qualität soll gemäss den Legislatorschwerpunkten 1995–1999 des Regierungsrates (2.2. Bildungswesen) gesteigert werden. Dies gilt insbesondere für die Schaffung moderner innovativer Arbeitsplätze. In diesem Sinn sind auf Bundes- und Kantonebene verschiedene Massnahmen vorbereitet und teilweise auch bereits umgesetzt worden, welche die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen und insbesondere auch der Klein- und Mittelunternehmen (KMU) unterstützen sollen. Dabei geht es in erster Linie um die Beseitigung administrativer Belastungen und erst in zweiter Linie um eigentliche Förderungsmassnahmen. In der Stellungnahme des Regierungsrates zur Motion KR-Nr. 213/1996 betreffend Förderung der Klein- und Mittelunternehmen sind die Förderung des Technologietransfers und der Aufbau von Fachhochschulen als besonders für KMU-Betriebe zugeschnittene Einzelmassnahmen genannt.

Das Projekt der Metallarbeiterschule Winterthur (MSW) zur Beschleunigung der Informatik-Ausbildung insbesondere für KMU-Betriebe ist auf folgendem Hintergrund zu beurteilen:

Das BIGA-Reglement über die Ausbildung und die Lehrabschlussprüfung für Informatiker/Informatikerin vom 31. März 1994 wurde am 1. Januar 1995 in Kraft gesetzt. Das Amt für Berufsbildung hat sich bereits 1994 entschlossen, aufgrund einer Sonderbewilligung des BIGA im August 1994 mit einer Pilotklasse zu starten. Schon damals wurde die Klasse interkantonal zusammengesetzt. Seither ist der Kanton Zürich auch für

die Kantone Aargau, Schaffhausen, Thurgau und Glarus Standortkanton für die obligatorischen Einführungskurse und für den Berufsschulunterricht.

Die Entwicklung dieses neuen Lehrberufs verlief seither im Kanton Zürich unvergleichlich rasch. Bereits nach Inkrafttreten des Reglements im Jahre 1995 wurde gegen 30 Firmen eine Ausbildungsbewilligung erteilt. Im gleichen Jahr waren es bereits 30 Jugendliche, die eine Informatikerlehre begannen, 1996 waren es 57 Neubeginnende, und in diesem Jahr werden rund 80 neue Lehrlinge und Lehrtöchter erwartet. Es ist voraussehbar, dass diese Zunahme auch in den nächsten Jahren anhalten wird. Eine Sättigung auf dem Arbeitsmarkt dürfte mit 150 bis 200 Lehrabgängern und Lehrabgängerinnen pro Jahr erreicht sein. Die Nachfrage bei den Schulabgängern und Schulabgängerinnen nach diesem Beruf übersteigt bereits heute das Angebot an Lehrstellen. Daran wird sich auch in absehbarer Zeit nicht viel ändern.

Die Tatsache, dass über drei Viertel der rund 85 Lehrfirmen zu den KMU zählen, und die Tatsache, dass über 50% der Unternehmen weniger als zehn Fachleute beschäftigen, haben es nötig gemacht, die zum traditionellen Ausbildungssystem gehörenden Einführungskurse (EK) von Anfang an auf anspruchsvollem Niveau zu organisieren. Auf Initiative des Amtes für Berufsbildung wurde deshalb am 1. Februar 1995 die «Zürcher Lehrmeistervereinigung Informatiker» (ZLI) nach Vereinsrecht gegründet. Diese Vereinigung ist u.a. Trägerin der obligatorischen EK, welche von Bund und Kanton subventioniert werden. Diese EK wurden im ersten Jahr der Telecom PTT in Zürich zur Durchführung übertragen. Wegen der steigenden Zahlen war die ZLI gezwungen, bereits auf Schuljahresbeginn 1996 ein eigenes Kurs- und Prüfungszentrum in Winterthur zu eröffnen. Dieses professionell geführte Zentrum gewährleistet mit den obligatorischen und allfälligen freiwilligen Kursen die Ausbildung von Lehrtöchtern und Lehrlingen in KMU-Betrieben ohne eigene Lehrwerkstatt. Ausserdem werden für einseitig ausgerichtete Unternehmen vom zuständigen Berufsinspektorat des Amtes für Berufsbildung Ausbildungsergänzungen in Fremdbetrieben angeordnet und vermittelt.

Beim Informatik-Ausbildungs-Projekt der MSW handelt es sich um eine nicht gewinnorientierte Dienstleistung für private Unternehmen. Ohne Lehrvertragspartner zu sein, übernimmt die MSW die Ausbildungsverpflichtung und damit die intensive Grundausbildung des ersten Lehrjahres für sieben bis zehn interessierte Lehrfirmen aus der Region Winterthur. Den Lehrmeistern wird so der kostenintensivste Ausbildungsteil abgenommen. Das Modell entspricht der erprobten Ausbildungszusammenarbeit von Kleinfirmen mit Grossunternehmen auch in anderen Berufen. Sämtliche derartigen Ausbildungsmodelle werden jedoch ausschliesslich von den Lehrfirmen (ohne staatliche Gelder) finanziert.

Im Projekt der MSW könnten sieben bis höchstens zehn Lehrlinge und Lehrtöchter pro Jahr aufgenommen werden. Diese Form der Grundausbildung, bei welcher die MSW stellvertretend einen Teil der Ausbildung übernimmt, bedingt aber Lehrfirmen, welche Lehrlinge und Lehrtöchter für den Rest der Ausbildungszeit aufnehmen und zur Lehrabschlussprüfung führen. Diese neue Art von Ausbildungsteilung bedarf keines Eingriffs des Staates, sondern kann zwischen den interessierten Partnern direkt geregelt werden. Die Entlastung des Lehrbetriebs vom betriebsinternen Personal- und Sachaufwand während des ersten Lehrjahres sollte als Abgeltung an die betraute Ausbildungsstätte gehen. Trotz des Bedarfs an Informatikern wäre eine andere Regelung für die Informatik-Ausbildung gegenüber den übrigen Ausbildungsgängen nicht gerechtfertigt.

Der Kanton unterstützt die Bemühungen im Impulsprogramm des Bundesrates, allfällige Mittel auch für sinnvolle Projekte im Bereich der Bildung einzusetzen. Es ist allerdings noch zu früh, konkrete Verteilungsentscheide zu treffen, bevor der Rahmen und die Bedingungen für finanzielle Unterstützungsaktionen bekannt sind (Antwort des Regierungsrates zur Interpellation KR-Nr. 26/1997 betreffend Impulsprogramm des Bundesrates).

II. Mitteilung an die Mitglieder des Kantonsrates und des Regierungsrates sowie an die Direktion der Volkswirtschaft.

Vor dem Regierungsrat
Der Staatsschreiber:
Husi